

Vorschau auf die Landratssitzung vom 31. Oktober 2019

Der Landrat befasst sich unter anderem mit einer Petition, die ein Moratorium für die neue Mobilfunktechnologie 5G verlangt, und mit der eigenen Organisation: Sollen für die Mitglieder des Landrats bei längerer Abwesenheit Stellvertreter/innen zum Zuge kommen?

Eine von 510 Personen unterschriebene Petition verlangt, genauso wie eine Motion von Désirée Jaun, ein **Moratorium für den Aus- und Aufbau von 5G-Sendeanlagen**. Die Petent(inn)en kritisieren am Beispiel eines Falls in Aesch, dass 5G-Antennen ohne Publikation oder Baubewilligung in Betrieb genommen würden: Das sei eine Umgehung von Demokratie und Grundrechten. Mit 5G käme eine im Vergleich zu bisherigen Technologien grössere Strahlenbelastung auf Mensch und Natur zu, und es brauche dazu noch vertiefte Forschung. – *Nach Anhörung des Petitionskomitees und der Fachleute der Bau- und Umweltschutzdirektion beantragt die Petitionskommission dem Landrat einstimmig, die Petition «5G-Funktechnologie in Aesch» als Postulat an den Regierungsrat zu überweisen mit zwei Aufträgen: Einerseits seien die Rechtsgrundlagen für das Baubewilligungsverfahren zu überprüfen, andererseits sei eine Informationsbroschüre für die Bevölkerung über die Mobilfunktechnologie und ihre Auswirkungen zu erarbeiten. (Traktandum 8; [zum Geschäft](#))* – Die Motion «Moratorium – 5G-Ausbau stoppen!» wird vom Regierungsrat zur Ablehnung beantragt. (Traktandum 9; [zum Geschäft](#))

Zu drei Gesetzesänderungen finden die 2. Lesung und die Schlussabstimmung statt:

- Mit einer Änderung des **Bildungsgesetzes** soll sichergestellt werden, dass alle Anbieter im Hochschulbereich, die im Baselbiet tätig sein wollen, über eine Akkreditierung verfügen. (Traktandum 10; [zum Geschäft](#))
- Mit einer Teilrevision des **Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Krankenversicherung** soll der Mindestanspruch für Kinder auf Prämienverbilligung erhöht werden. (Traktandum 11; [zum Geschäft](#))
- Mit einer Ergänzung des kantonalen **Alkohol- und Tabakgesetzes** um zusätzliche Waren – um solche, die den Wirkstoff Cannabis erhalten, sowie um elektronische Geräte zur Inhalation von Flüssigkeiten mit oder ohne Nikotin – soll dem Anliegen des Jugendschutzes besser Rechnung getragen werden. (Traktandum 12; [zum Geschäft](#))

In einem Verfahrenspostulat von Regula Steinemann wird angeregt, eine **Stellvertretungsregelung für Landratsmitglieder**, die längere Zeit abwesend sind, zu prüfen. Nicht nur bei schwerwiegenden Erkrankungen könne es zu längeren Absenzen kommen, auch während des Mutterschafts- (und evtl. Vaterschafts-) Urlaub fehle man während mehrerer Wochen. Deshalb wäre, gestützt auf einen Vergleich mit anderen Kantonen, zu prüfen, was für Stellvertretungsregelungen grundsätzlich möglich wären, welche gesetzlichen Regelungen dafür angepasst werden müssten und welche Kosten damit verbunden wären. – *Die Geschäftsleitung beantragt dem Landrat mit 7:0 Stimmen bei 1 Enthaltung, das Verfahrenspostulat abzulehnen; dies vor allem aus der Überlegung, dass das Mandat als Volksvertreter/in nicht übertragbar sei und dass ein relativ grosser Rat mit 90 Mitgliedern gewisse Absenzen ertragen könne. (Traktandum 16; [zum Geschäft](#))*

Nebst diesen Geschäften und einer Reihe von Einbürgerungsvorlagen sind zahlreiche parlamentarische Vorstösse traktandiert. Der Wortlaut aller Vorstösse und die Stellungnahmen des Regierungsrats sind über Links in der [Traktandenliste](#) abrufbar.